

Schulbuchinformationsdienst Ruhrgebiet

Anregungen zur Behandlung der Region in Unterrichtsmedien

Nr. 64 (Mai 2009)



Klaus Peter Strohmeier / Volker Kersting

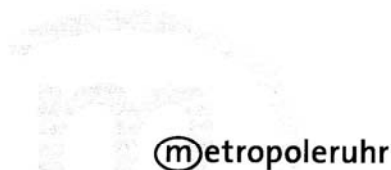
Segregation und Integration als die demografische Herausforderung des Ruhrgebiets

Herausgeber:
Regionalverband Ruhr (RVR)
Referat Strategische Entwicklung, Redaktion
und Presse
Kronprinzenstr. 35
D-45128 Essen
E-Mail: info@rvr-online.de
Internet: www.ruhrgebiet.de

Redaktion und Ihr Ansprechpartner für
Schulbuchfragen zum Ruhrgebiet:
Burkhard Wetterau
Fon: +49 (0)201 2069-480, Fax: 2069-500
E-Mail: wetterau@rvr-online.de
Nachdruck erwünscht unter Quellenangabe mit
der Bitte um Belegexemplar an den Herausgeber.

Die Themen aller bisherigen Ausgaben finden
Sie unter www.ruhrgebiet.de in der Rubrik
„Daten & Publikationen“, Teil „Schulbuchinfor-
mationsdienst Ruhrgebiet (SIR)“.

Ältere Ausgaben können in Einzelexemplaren
bezogen werden beim:
Regionalverband Ruhr (RVR)
Kronprinzenstr. 35
D-45128 Essen
Fon: +49 (0)201 2069-352
Fax: +49 (0)201 2069-500
E-Mail: jans@rvr-online.de



Segregation und Integration als die demografische Herausforderung des Ruhrgebiets

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier, Geschäftsführender Direktor des Zentrums für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) an der Ruhr-Universität Bochum, und Volker Kersting, Projektleiter im ZEFIR

Im Jahr 2002 hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung es (endlich) ausgesprochen: Das Ruhrgebiet wird schrumpfen und bis 2020 etwa die Einwohnerzahl von Bochum verlieren, hieß es.

Auch davor war das Ruhrgebiet schon geschrumpft, es hatte bis dahin nur niemand offen darüber gesprochen. Essen und Gelsenkirchen zum Beispiel hatten seit 1970 jeweils die damalige Einwohnerzahl von Recklinghausen verloren (etwa 130.000), und auch Recklinghausen ist seitdem geschrumpft, allerdings nicht so stark wie die Städte im Innern der Region. Die meisten Kernstädte in Deutschland schrumpfen heute schneller als ihre Ränder, und schrumpfende Städte sind bei sinkender Gesamtbevölkerung nichts Besonderes.

Nach Jahrzehnten der Fetischisierung von Wachstum haben sich die Diskurse über Schrumpfung dann schnell an den Quantitäten festgebissen: „Deutschland braucht mehr Kinder!“ wurde zum Credo der staatlichen Familienpolitik, und „wachsende Stadt“ war die Entwicklungsleitlinie der Städte, die sich gegen den allgemeinen Trend stemmen wollten. Städte schrumpfen durch Sterbefallüberschüsse und Wanderungsverluste, aber sie wachsen heute nur durch Wanderungsgewinne und nicht mehr durch Geburtenüberschüsse.

Es ist also klar, dass Wachstum der einen noch mehr Schrumpfung der anderen bedeutet. Die Städte, auch im Ruhrgebiet, konkurrieren um Menschen.

Segregation in den Städten und das Humanvermögen der Gesellschaft

„Entspannte Wohnungsmärkte“ in den schrumpfenden Städten bewirken Segregation, vor allem eine besondere Konzentration von Armut, denn dort, wo es für jeden, der mobil ist, eine Wohnung

gibt, bleiben die ärmsten Haushalte unter sich, die dort wohnen, wo sie müssen. In allen großen Städten (also auch im Ruhrgebiet) beobachten wir eine Zunahme der sozialen Segregation von Arm und Reich, der demografischen Segregation von Haushalten mit und ohne Kinder und der ethnischen Segregation von Einheimischen und Zuwanderern. Diese drei Prozesse hängen zusammen, in den Stadtteilen, wo die meisten „Ausländer“ leben, leben die meisten Kinder und die meisten „Armen“.

In den Städten des Ruhrgebiets ist die Familie mit Kindern längst zur Lebensform einer Minderheit (von weniger als 20% der Haushalte) geworden.

Sozialräumliche Segregation in Städten (und nicht Schrumpfung) ist die primäre soziale Herausforderung des Ruhrgebiets, denn sie gefährdet die Lebenschancen der Kinder des Ruhrgebiets und damit die Zukunft der Stadtgesellschaft. Zwar werden im Ruhrgebiet künftig zu wenige Kinder aufwachsen, um den „Bestand“ zu halten, aber immer mehr und zu viele dieser wenigen Kinder werden unter Bedingungen aufwachsen, die ihre persönlichen Lebenschancen und damit die Zukunftsfähigkeit der Stadtgesellschaft gefährden werden.

Jede Gesellschaft benötigt „Humanvermögen“, also eine nachwachsende Generation, die über wichtige Kompetenzen und Motive verfügt, die sie als Erwachsene diese Gesellschaft fortsetzen lassen: Gesundheit, Solidarität, Partizipationsbereitschaft und Bildungsfähigkeit.

Zu viele Kinder in den großen Städten in Deutschland wachsen nicht nur unter Bedingungen von sozialer Benachteiligung und Armut auf, viele davon haben zudem (das ist ein zweiter, wichtiger Aspekt der neuen demografischen Herausforderungen von Gesellschaft und

Politik im Ruhrgebiet) einen Migrationshintergrund (vgl. Tab. 1).

In Essen, Duisburg, Dortmund oder Herne lebt etwa ein Drittel der Kinder unter sechs Jahren in Familien, die auf Sozialgeld angewiesen sind, in Gelsenkirchen mehr als 39 Prozent. Auch bei den Kindern unter sechs Jahren sind die Werte im Ballungskern besonders hoch. An den Rändern des Ruhrgebiets, wohin die Mittelschichtfamilien in den letzten Jahrzehnten gezogen sind, sind die Sozialgelddichten für Kinder und Jugendliche deutlich niedriger. Befragungen, die wir für die Familienberichte verschiedener Ruhrgebietsstädte gemacht haben, zeigen große Armut der Familien vor allem bei den Familien mit Migrationshintergrund, von denen fast überall die Mehrheit arm ist (vgl. Beilage, Abb. 1).

Die amtliche Statistik erfasst verlässlich nur die Migranten, deren erste Staatsbürgerschaft ‚nichtdeutsch‘ ist und ‚unterschätzt‘ den Migrantenanteil damit erheblich. Die nachfolgende Darstellung zeigt hingegen, dass in den Kommunen im Regionalverband Ruhr die Anteile der Kinder mit Migrationshintergrund in den Kindertageseinrichtungen bereits jetzt weit mehr als ein Drittel ausmachen (vgl. Beilage, Abb. 2).

In beinahe allen Städten gibt es Stadtteile, in denen heute die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund hat und in denen Kinder- und Familienarmut besonders verbreitet ist. In Mülheim an der Ruhr, einer relativ „reichen“ Stadt, beobachten wir eine solche Konzentration sozial benachteiligter Familien und Kinder in wenigen benachbarten statistischen Bezirken im Norden der Stadt. Im Süden der Stadt sehen wir dagegen eine große Anzahl von statistischen Bezirken mit geringen Anteilen nichtdeutscher Familien und geringen

Arme und armutsnahe Familien in Prozent	Oberhausen	Mülheim an der Ruhr	Herten	Herne	Gladbeck	Gelsenkirchen
Familien insgesamt	35	22	32	42	42	40
Familien mit Migrationshintergrund	51	43	58	69	73	58
Familien ohne Migrationshintergrund	31	17	27	31	26	34

Tab. 1: Armutsbetroffenheit von Familien mit und ohne Migrationshintergrund in Prozent

Datenbasis: Familienberichte Gelsenkirchen, Herten, Oberhausen 2005, Familienberichte Herne und Mülheim 2006, Familienbericht Gladbeck 2007

Quoten von Arbeitslosengeld II (vgl. Beilage, Karten 1 und 2).

Die zunehmende sozialräumliche Polarisierung von Lebenslagen und Lebensformen in den Städten spiegelt sich in wachsenden sozialräumlichen Disparitäten von Bildung (vgl. Beilage, Karte 3) und Gesundheit der Kinder. Es kommt zu einer besonderen Kumulation gesundheitlicher und sozialer Probleme in den benachteiligten und benachteiligenden Sozialräumen der „Unterstadt“.

Integration als Zukunftsaufgabe

Integration der nachwachsenden Generation ist die vordringliche Aufgabe der Stadtgesellschaft (das heißt nicht nur der Politik, sondern auch der Wirtschaft und der Akteure der Zivilgesellschaft im Ruhrgebiet).

Integration bedeutet Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und Positionen unabhängig von der ethnischen und sozialen Herkunft. Heute ist es so, dass im Ruhrgebiet die Adresse eines Kindes eine nahezu perfekte Vorausschätzung seiner Gesundheit und seiner Bildung und damit seiner Chancen auf einen Platz in der Gesellschaft ermöglicht. Es gibt Stadtteile, in denen nahezu alle Kinder hinreichend Deutsch sprechen und verstehen, und es gibt andere, in denen große Teile, in einigen Fällen die Mehrheit der Lernanfänger, nur schlecht Deutsch spricht und versteht und gleichzeitig Mängel im Gesundheitszustand aufweist.

Eine aktuelle Bedingungsanalyse solcher Entwicklungsdefizite bei Vorschulkindern (gemessen durch das kombinierte Auftreten von Sprachkompetenzdefiziten und Mängeln in der Gesundheitsvorsorge) zeigt, dass mehr noch als der Migrationshintergrund oder die soziale Lage der Familie der Wohnort in der Stadt (also die Adresse) eine (nahezu perfekte) Vorhersage von Entwicklungsmängeln möglich macht.

Eine Analyse der Übergangsquoten von der Grundschule in die weiterführenden Schulen in Essen und Gelsenkirchen zeigt ein ähnliches Bild. In den bürgerlichen Stadtteilen im Süden (in denen die wenigsten Kinder leben) gehen die meisten davon (bis zu 80%) nach der Grundschule aufs Gymnasium, in den ehemaligen Arbeitervierteln im Norden (in denen die meisten Kinder leben)

finden wir dagegen Übergangsquoten aufs Gymnasium von unter 20% (vgl. Beilage, Karte 4).

Politik für Familien und Kinder und das Humanvermögen des Ruhrgebiets

Was sind die Rahmenbedingungen einer „gesunden“ Entwicklung von Kindern in den Städten des Ruhrgebiets, die für den Bestand des „Humanvermögens“ dieser Stadtgesellschaft wichtig sind? In den ärmsten Stadtteilen beobachten wir heute eine besonders hohe Fluktuation der Wohnbevölkerung (zum Teil mit Werten von über 50% der Bevölkerung im Jahr) und extrem niedrige Beteiligung der erwachsenen Bevölkerung an Wahlen und am öffentlichen Leben (oft unter 30%). Dahinter stehen geringe soziale Stabilität und wachsender „Gestaltungspessimismus“ der Erwachsenen. Die Kinder, die dort aufwachsen, finden das normal. Soziale Integration und soziale Kontrolle in städtischen Nachbarschaften statt Anonymität und sozialer Isolation, optimistisches Vertrauen statt Resignation und Apathie, sowie Partizipationsbereitschaft statt Gestaltungspessimismus sind Randbedingungen eines „gesunden Aufwachsens“ in der Stadt, die sichergestellt werden müssen.

In Stadtteilen, z.B. früheren Werkssiedlungen, in denen heute pro Jahr mehr als ein Drittel der Bevölkerung ausgetauscht wird, in denen Kinder heute keinen Erwachsenen mehr kennen, der täglich zur Arbeit geht, wo kaum jemand noch sich im öffentlichen Raum engagiert, braucht es breite Akteursbündnisse, um förderliche Rahmenbedingungen des Aufwachsens von Kindern sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang werden zum Beispiel Wohnungsunternehmen und private Hausbesitzer potenzielle Bündnispartner einer Politik für Kinder und Familien, denn Fluktuation, aus der Anonymität und Isolation resultieren, ist in erster Linie eine Funktion der Qualität von Wohnungen und Wohnumgebungen.

Die Familienpolitik des Bundes will den Trend sinkender Geburtenzahlen umkehren (Elterngeld und Vätermonate) und schafft Anreize für die kinderlosen Mittelschichten in der „Oberstadt“.

In der „Unterstadt“ der Arbeitslosen und der Migranten sind heute dagegen nicht

zu wenige Kinder das Problem, sondern die Bedingungen, unter denen die (häufig vielen) Kinder in diesen Familien aufwachsen und ihre schlechten Zukunftsperspektiven, Bildungsarmut und schlechte Gesundheit. Für die Eltern der „Unterstadt“ ist weniger die Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Problem, vielmehr fehlt es ihnen an Jobs und an der nötigen Qualifikation.

Dort ist eine nachhaltige örtliche Familienpolitik immer auch Bildungs-, Migrations- und Integrationspolitik sowie zugleich Politik zur Bekämpfung der Bedingungen und Folgen und der Vererbung von Armut.

Die Kinder der Unterstadt brauchen (personell und sachlich) besser ausgestattete Schulen, die zugleich Orte für Kinder und Familien sind und die für den Stadtteil „geöffnet“ und Kristallisationspunkte für soziale Netzwerke und Nachbarschaft im Stadtteil sein können.

Ein gutes Beispiel ist die evangelische Gesamtschule in Gelsenkirchen. Aktive Armutspolitik und praktische Bürgerbeteiligung sind im Ruhrgebiet in zahlreichen Programmgebieten der „sozialen Stadt“ modellhaft erprobt worden.

Es ist keineswegs so, dass Städte in schwieriger finanzieller Lage weniger aktiv wären als prosperierende Städte. Wir haben sogar den Eindruck gewonnen, dass schwierige wirtschaftliche Verhältnisse, wie wir sie im Ruhrgebiet finden, in hohem Maße Kreativität und Phantasie freisetzen und aktivierende Wirkung haben.

Die (arme) Ruhrgebietsstadt Gelsenkirchen ist, was die örtlichen Maßnahmen und Projekte für Kinder und Familien angeht, genauso „gut“ wie das prosperierende Ulm im wohlhabenden Süden der Republik.

Bei schrumpfenden Einwohnerzahlen die Qualität des „Humanvermögens“ zu sichern ist eine Zukunftsaufgabe der gesamten Metropole Ruhr. Kooperation der Städte und in den Städten ist gefragt.

Ruhrgebiets-Datenbank zu Bildung und Sozialem

Ein umfangreiches Angebot von Grafiken, Karten und Daten finden Sie in der interaktiven Datenbank des ZEFIR unter: www.statistikinformationssystem.de/ruhr/index.php

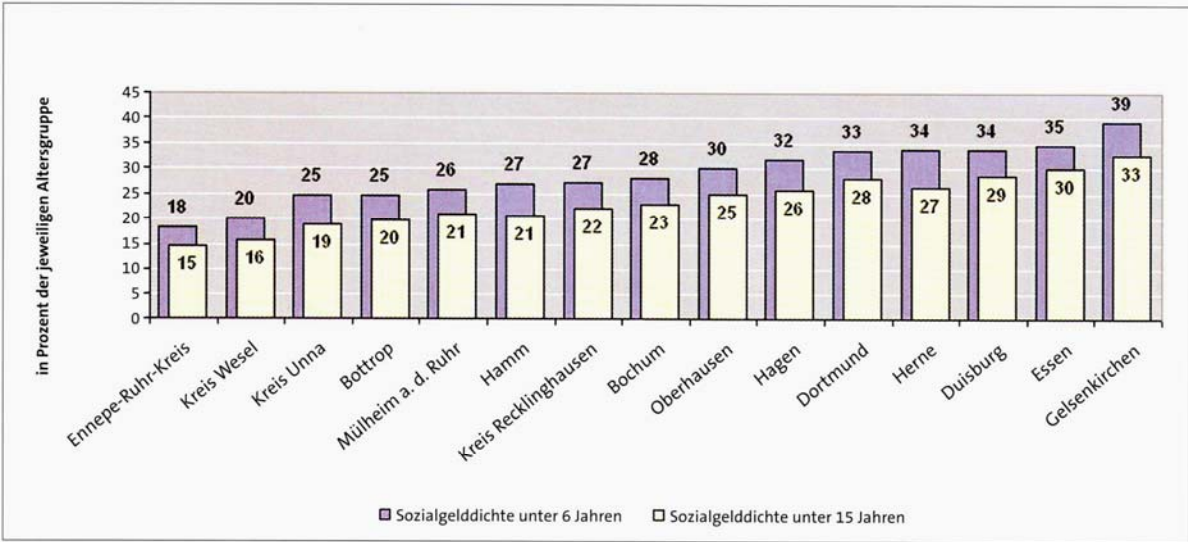


Abb. 1: Sozialgelddichten der Kinder unter 6 Jahren und unter 15 Jahren in den Kreisen und kreisfreien Städten des Ruhrgebiets am 31.12.2007
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Bevölkerungsdaten: IT.NRW; Berechnung und Darstellung: ZEFIR, RUBS-Datenbank

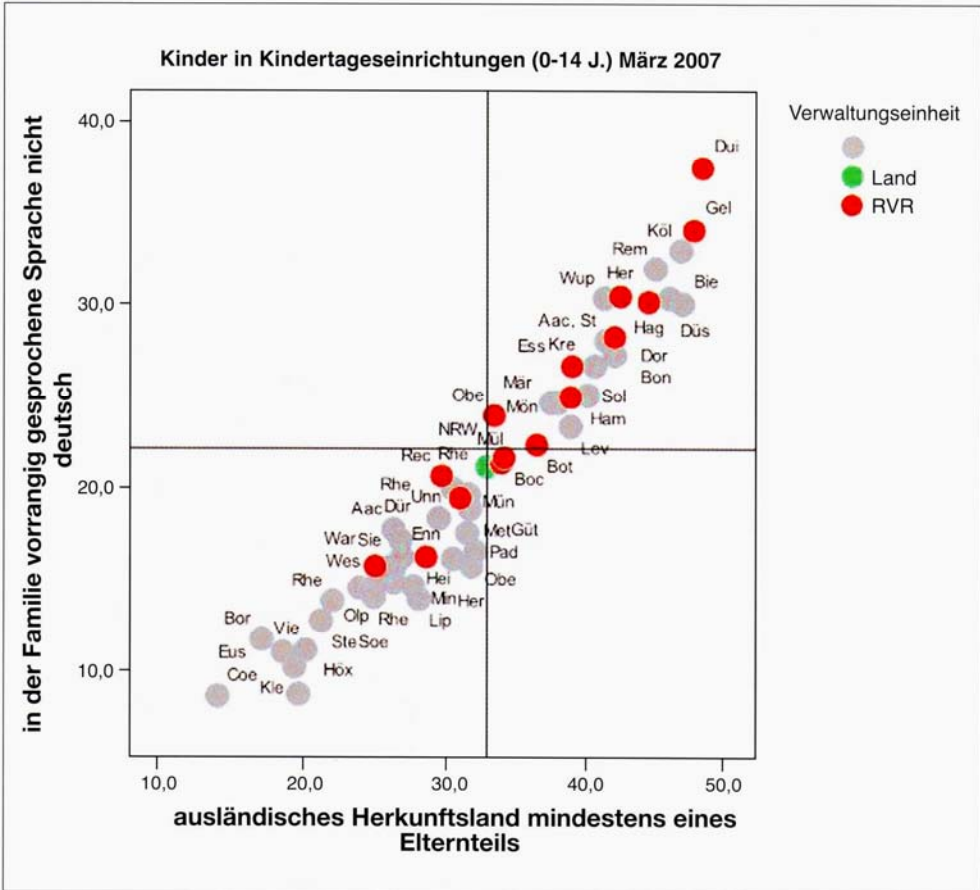
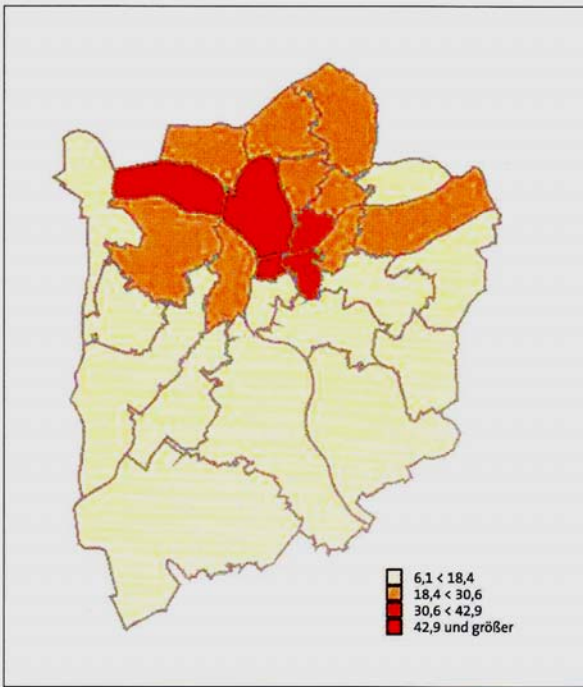
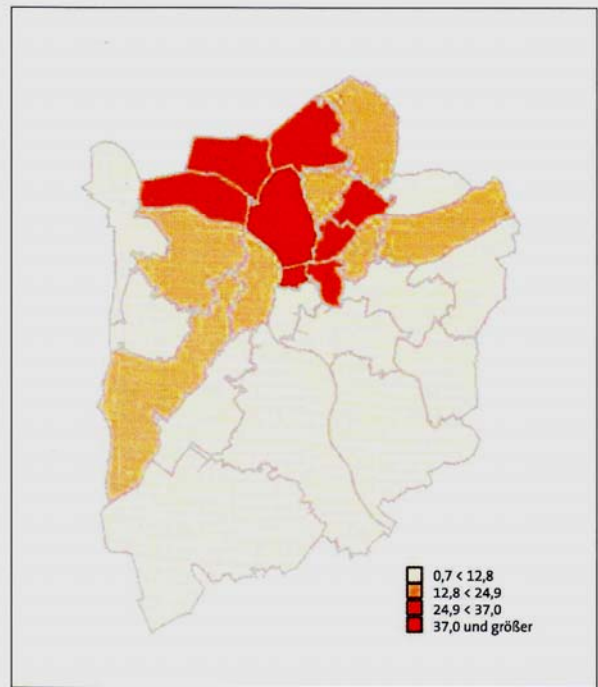


Abb. 2: Kinder in Kindertageseinrichtungen: Ausländische Herkunft und nicht deutsche Sprache
 Datenbasis: IT.NRW, eigene Berechnungen



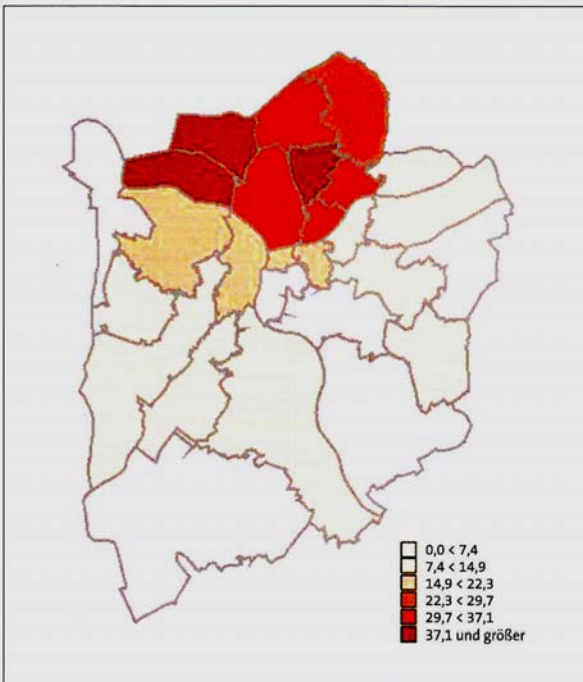
Karte 1: Nichtdeutsche Familienhaushalte mit Kindern (in % der Familienhaushalte) in Mülheim an der Ruhr, 2005

Quelle: ZEFIR - Grafische Datenbank



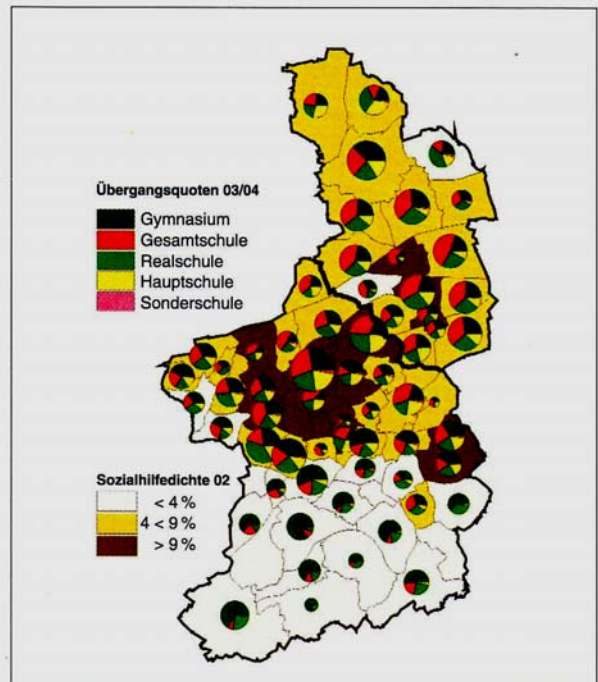
Karte 2: Sozialgeldbeziehende unter 15 Jahren (in % der unter 15-Jährigen, 2008) in Mülheim an der Ruhr

Quelle: ZEFIR - Grafische Datenbank



Karte 3: Kinder mit einer Unsicherheit im Sprachverständnis/Grammatik (in Prozent der untersuchten Kinder beim Kindergartenscreening) in Mülheim an der Ruhr, 2004-2007

Quelle: ZEFIR - Grafische Datenbank



Karte 4: Übergangsquoten auf weiterführende Schulen in den Grundschulen in Essen und Gelsenkirchen im Schuljahr 2003/2004

Quelle: ZEFIR - Grafische Datenbank